

## LOBBYISMUS

# Kampf um Informationen



**Weit über 10.000 Lobbyisten sind in Brüssel aktiv und versuchen, die EU-Politik zu beeinflussen. Nun soll ein Register für mehr Transparenz im Lobby-Dschungel sorgen.**

Auf rund 15.000 wird die Zahl derer geschätzt, die in Brüssel Jobs nachgehen, die unter Begriffen wie "Consulting", "Think Tanks" oder schlicht Lobbying zusammengefasst werden. Immerhin 2.600 Interessensverbände aus der privaten Wirtschaft und der so genannten Zivilgesellschaft haben derzeit eine Niederlassung Brüssel, zwischen 60 und 90 Millionen Euro sollen sie jährlich in ihre Arbeit investieren. Allein 5.000 solcher Lobbyisten sind im Europäischen Parlament akkreditiert. Als "lästig" bezeichnet sie der Luxemburger LSAP-Abgeordnete Robert Goebbels: "Manche haben es sich angewöhnt, die Abgeordneten vor wichtigen Gesetzes-Abstimmungen regelrecht mit Änderungsvorschlägen zu überschütten."

Die Anmaßung, das Votum auf diese Weise zu beeinflussen, sei eine "Beleidigung" für die Parlamentarier, so Goebbels, die Dauerpräsenz von 50 bis 100 Lobbyisten pro Kommissionssitzung sei zudem kontraproduktiv. Denn ihre Anwesenheit verhindere "seriöse Diskussionen" unter den Abgeordneten, die dann eher in den Gängen stattfinden würden. Weniger Transparenz also und Sitzungen, zu denen die Öffentlichkeit und damit auch die Lobbyisten ausgeschlossen werden, als Schutz gegen zu viel Einflussnahme auf die EU-Politik?

Genau das Gegenteil propagiert der für Betrugsbekämpfung zuständige EU-Kommissar Sim Kallas. "Brüssel wird als eine nicht zugängliche politische black box angesehen, in der alle möglichen obskuren Maßnahmen getroffen werden", sagte der EU-Kommissar Anfang März in einer Ansprache bei der Europäischen Stiftung für Management und lancierte dort die "Europäische Transparenz-Initiative". Vergangene Woche annoncierte Kallas, er werde ein zentralisiertes elektronisches Regis-

ter einrichten, in dem Informationen über Lobbyisten gespeichert werden.

Damit greift der EU-Kommissar eine langjährige Forderung verschiedener NGO auf. "Momentan ist es sehr schwer, sich ein Bild darüber zu machen, wer in Brüssel aktiv ist", sagt Erik Wesselius vom holländischen Corporate Europe Observatory (CEO). Mit "Lobby planet" veröffentlichte CEO ([www.corporateeurope.org](http://www.corporateeurope.org)) einen Guide, der mit detaillierten Stadtplanangaben durch die Welt der Wirtschafts-Lobby in der EU-Hauptstadt führt. Am 19. Juli präsentierte sich mit Alter-EU eine neue Koalition aus mehr als 140 NGO der Öffentlichkeit. Ziel dieser "Allianz für Lobby-Transparenz und ethische Regulierung" ist es, den Privilegien von Unternehmen und den heimlichen Machenschaften des Lobbying in der Europäischen Union ein Ende zu bereiten.

## Überzeugen kann, wer dominiert

"Ein solches Register muss natürlich für alle gelten, auch für die NGO", stellt Ulrich Mueller von der Kölner Initiative Lobby-Control klar. Auch die Vertreter der Zivilgesellschaft mischen in Brüssel mit beim Kampf um die überzeugendsten Argumente. Der Erfolg der Lobby-Arbeit hänge davon ab, "ob man seine Informationen als dominant rüberbringen kann", so Mueller. Dazu verfügten NGO allerdings meist nicht über dieselben Mittel wie die Industrie.

Fälle, in denen unklar ist, wer hinter einer Kampagne steht, tauchen indessen in Brüssel oder Straßburg immer wieder auf. Zuletzt in der hitzigen Debatte um die Software-Patent-Richtlinie. Die "Campaign for creativity" gibt sich als Vertreterin betroffener Einzelpersonen, "kreativer Künstler" aus, die sich für solche Patente aussprechen. Unter den Geldgebern der Kampagne seien auch Software-Unternehmen wie Microsoft oder SAP, so CEO. "Wir können das nicht beweisen, doch wir haben eindeutige Hinweise darauf", ergänzt Erik Wesselius. Könnte in einem solchen Fall ein Lobby-Register wirklich helfen?

"Natürlich nur bedingt", räumt Wesselius ein, "Schlupflöcher wird es immer geben."

Etwa bei den Finanzangaben. Alter-EU schlägt vor, dass sich Organisationen erst ab einem bestimmten Budget registrieren lassen müssen. Die Kriterien orientieren sich an bereits bestehenden Register-Systemen in den USA. Dass diese Lobby-Register dort nicht dazu geführt ha-

ben, dass sich die politische Praxis grundlegend änderte, weiß auch Wesselius. "Das Register würde jedoch die Lage in Brüssel eindeutig verbessern", betont der Niederländer.

Derzeit gilt einzig und allein eine Selbstverpflichtung der Lobbyisten und die "Society of European Affairs professionals" (SEAP), ein Dachverband der Industrie-Lobbyisten, will auch künftig nur auf sie setzen. Neben diesem Verhaltenskodex sollten, so SEAP im Mai in einer Pressemitteilung, die Mitarbeiter der Kommission darin geschult werden, wie sie mit Lobbyismus umzugehen haben. "Manchmal wäre es tatsächlich wichtig zu wissen, wie bestimmte Kommissionspapiere zustande kommen und wer hier dahinter steht", betont die Luxemburger EU-Abgeordnete Erna Hennicot-Schoepges (CSV). Lobby-Arbeit sei allerdings nicht per se als negativ zu bezeichnen. "Man ist sogar auf die Vorarbeit der Lobbyisten angewiesen, um sich einen Überblick zu verschaffen", so Hennicot-Schoepges. Dies bestätigen andere EU-Abgeordnete und weisen auf die fehlenden wissenschaftlichen Beiräte. "Wir sind auf den Input der Lobbyisten angewiesen, weil wir - entgegen aller Mythen - eine Verwaltung mit vergleichsweise wenigen Mitarbeitern sind", gab auch die für Verbraucherschutz und Gesundheitspolitik zuständige Kommissionsprecherin Beate Gminder vor kurzem im Interview mit der Zeitschrift "Politik und Kommunikation" an.

Nicht zu vergessen sei, dass in der EU-Politik die Länder-Interessen sehr stark präsent seien, ergänzt Erna Hennicot-Schoepges und weist damit auf die Arbeit der nationalen Lobbyisten hin. Sie sind ebenfalls sowohl in den Ausschuss-Sitzungen des Parlaments wie in beratenden Gesprächen mit Kommissionsvertretern allgegenwärtig. Einer Studie des Brüsseler PR-Giganten Burson Marsteller nach ist der Einfluss der Lobbyisten der nationalen Regierungen auf die EU-Politik bei weitem am größten und kommt lange vor dem der Industrie-Vertreter. Doch die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Studie eines Instituts, das im Auftrag großer Unternehmen handelt, ist ebenso kompliziert wie die nach der Legitimität von Lobbyismus insgesamt. Ob NGO oder Industrie: Die Verfolgung der eigenen Interessen liegt in der Natur der Sache. Dass Interessensverbände nicht "neutral" agieren, ist auch Robert Goebbels bekannt. "Das weiß ich auch aus meiner Erfahrung als ehemaliges Regierungsmitglied", so der Ex-Wirtschaftsminister. "Sie bekommen Expertisen so geliefert, wie Sie sie bestellen."

Danièle Weber

## Kyoto light, in der Mogelpackung

Der Paukenschlag, mit dem die USA vergangene Woche das neue asiatisch-pazifische Klimabündnis ankündigten war zugleich ein Schlag ins Gesicht der europäischen Teilnehmer am G8-Treffen Anfang Juli. Damals hatte Gastgeber Tony Blair versucht, den USA eine Zusage für die Post-Kyoto-Verhandlungen abzurufen - mit bescheidenem Erfolg. Was er nicht wusste: Seit Monaten verhandelten die Vereinigten Staaten mit Australien, China, Indien, Japan und Südkorea über ein Abkommen, das alle Post-Kyoto-Pläne der EU zunichte machen könnte. Bei dem jetzt unterzeichneten "Kyoto light"-Abkommen geht es vor allem darum, Technologietransfers zu fördern. Das Hauptgewicht liegt allerdings nicht auf erneuerbaren Energien, sondern auf Kohle und Atomkraft, die in den Unterzeichnerländern eine wichtige Rolle spielen. Weil das Abkommen noch dazu keine Reduktionsziele vorsieht, erntet es vernichtende Kritik von Seiten der Umweltorganisationen. "Ein weiterer Versuch, die Anstrengungen der 140-Kyoto-Unterzeichnerstaaten zu unterminieren", lautet die Einschätzung von Friends of the Earth. Länder wie China und Indien, denen ab 2012 Reduktionsziele auferlegt werden sollen, könnten versucht sein, unter Hinweis auf dieses neue Abkommen aus den Post-Kyoto-Verhandlungen auszusteigen.

## Europa der Christdemokraten

Der Streit ob die 56,5 Prozent, die das "Ja" beim Referendum zur EU-Verfassung erreichte, ein gutes oder weniger gutes Resultat sind, mag noch einige Zeit weiter geführt werden. Ein Jubelergebnis ist es jedenfalls nicht. Die jetzt veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage bestätigt frühere Schätzungen der ILReS: Nur die CSV-AnhängerInnen haben mit 79 Prozent überdurchschnittlich für die Verfassung gestimmt, sogar die DP-WählerInnenenschaft liegt mit 55 Prozent knapp unter dem Landesschnitt. Bei LSAP und Grünen ist die Zustimmung mit je 49 Prozent ebenso stark wie die Ablehnung, während, wie zu erwarten, bei ADR und "Déi Lénk" mit 77 und 86 Prozent die Nein-SagerInnen in Front lagen. So gesehen stimmt lediglich die Haltung der Führungsgremien von CSV und "Déi Lénk" mit der ihrer AnhängerInnen überein. Auch wenn wenige der Befragten die Abdankungsdrohung des Premiers im Falle eines "Nein" als Ursache für ihr Stimmverhalten angegeben haben, so scheint Junckers Endspurt in der Referendums-Kampagne manches zum Resultat beigetragen zu haben: die große Mehrheit derjenigen die angaben, erst in der letzten Woche oder am Referendumstag ihren Entschluss gefasst zu haben, optierten letztendlich für ein "Ja".

## Propagande gouvernementale contestée

Roy Reding ne se résigne pas à la victoire du Oui au référendum sur la Constitution européenne. L'avocat d'affaires a déposé un recours en annulation du référendum du 10 juillet devant la Cour administrative. Dans la ligne de mire de Reding : le financement par le gouvernement d'une campagne en faveur du Oui, à travers des annonces dans la presse écrite et des messages publicitaires à la radio et à la télévision. Le gouvernement aurait ainsi "illicitement influencé" le résultat du scrutin. Comme sanction, une "annulation pure et simple" du référendum s'imposerait aux yeux de Roy Reding. Dans le cas d'une décision contraire de la Cour administrative, Reding annonce dès à présent son intention de porter l'affaire devant la Cour européenne de Strasbourg. L'avocat avait lancé, sans rencontrer beaucoup d'échos, un appel souverainiste contre la Constitution européenne et financé une campagne de spots radio à quelques jours du scrutin. Au même moment, le député de l'ADR, Aly Jaerling, dans une question parlementaire, souhaite connaître le coût total de la campagne gouvernementale. Le député croit aussi savoir qu'une nouvelle campagne pour le Oui a été élaborée après les Non français et hollandais et demande quels surcoûts cela a générés.